

5. § 39 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) Die Nummern 1 und 2 werden aufgehoben.

bbb) Die bisherigen Nummern 3 bis 6 werden die Nummern 1 bis 4.

bb) In Satz 2 wird die Verweisung "der Nummern 1 bis 4" durch die Verweisung "des Satzes 1 Nr. 1 und 2" ersetzt.

cc) Folgende Sätze werden angefügt:

"Bei der Briefwahl sind außerdem beide Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel nicht in einem amtlichen Wahlumschlag oder in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung nach Absatz 4 Satz 1 Nr. 7 oder 8 nicht erfolgt ist. Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig."

b) Die Absätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

"(2) Enthält bei der Briefwahl der Wahlumschlag mehrere Stimmzettel, gelten diese als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen.

(3) Wird bei der Briefwahl ein Wahlumschlag leer abgegeben, so gelten beide Stimmen als ungültig."

c) Absatz 4 Satz 1 Nr. 8 erhält folgende Fassung:

"8. ein Wahlumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält"

6. In § 71 Abs. 1 Nr. 10 werden die Worte "und den Wahlumschlag" gestrichen.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 Nr. 1 findet erstmals für die Wahl für die fünfte Wahlperiode Anwendung.

Erfurt, den 4. Dezember 2003
Die Präsidentin des Landtags
Lieberknecht

Thüringer Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes Vom 16. Dezember 2003

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Thüringer Bodenschutzgesetz (ThürBodSchG)

§ 1

Ziel des Gesetzes

Ziel des Gesetzes ist es, in Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502) in der jeweils geltenden Fassung nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern und wiederherzustellen.

§ 2

Mitteilungs- und Auskunftspflichten

(1) Die Verursacher schädlicher Bodenveränderungen oder Altlasten sowie deren Gesamtrechtsnachfolger, die Grundstückseigentümer, die Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück sowie die Gemeinden und die mit öffentlichen Planungen beauftragten Stellen sind verpflichtet, konkrete Anhaltspunkte

für das Vorliegen einer Altlast oder schädlichen Bodenveränderung unverzüglich dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt im übertragenen Wirkungskreis zur Erfüllung der Aufgaben nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz mitzuteilen. Konkrete Anhaltspunkte bestehen insbesondere, wenn

1. Untersuchungen die Überschreitung von Prüfwerten ergeben,
2. bei Störungen des bestimmungsgemäßen Betriebs einer Anlage erhebliche Einträge von Schadstoffen, insbesondere wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 19g Abs. 5 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3245) in der jeweils geltenden Fassung, in den Boden erfolgten oder vermutet werden,
3. konkrete Hinweise auf den Eintrag von Schadstoffen durch Aufbringung erheblicher Frachten an Abfällen, Abwässern oder wassergefährdenden Stoffen auf Böden vorliegen oder
4. konkrete Hinweise auf erhöhte Schadstoffgehalte in Nahrungs- oder Futterpflanzen am Standort vorliegen.

Die Informationspflicht besteht nicht, soweit Altlasten oder altlastenverdächtige Flächen bereits im Altlasteninformationssystem nach § 7 erfasst sind.

(2) Die zuständige Behörde prüft die Mitteilungen nach Absatz 1 und führt eine Bewertung der Anhaltspunkte durch.

(3) Die nach § 4 Abs. 3 und 6 BBodSchG Verpflichteten haben der zuständigen Bodenschutzbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle auf Verlangen die zur Erfüllung der Aufgaben nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz und diesem Gesetz erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen vorzulegen. Die Verpflichtung nach Satz 1 besteht nicht, soweit sich die verpflichtete Person selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

§ 3

Duldungspflichten, Betretungsrecht, Schadensausgleich

(1) Die Eigentümer und die Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück, Gebäude oder eine Anlage und die Betroffenen nach § 12 BBodSchG haben zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz oder nach diesem Gesetz oder der aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen das Betreten von Grundstücken, Anlagen sowie Geschäfts- und Betriebsräumen während der Geschäfts- oder Betriebszeiten, die Erhebung von Bodendaten, die Entnahme von Boden-, Wasser-, Bodenluft-, Deponiegas- und Pflanzenproben, die Untersuchung von Material und die Entnahme von Materialproben sowie die Einrichtung und den Betrieb von Sicherungs- und Überwachungseinrichtungen einschließlich Messstellen durch die zuständige Bodenschutzbehörde oder deren Beauftragte zu dulden. Zur Verhütung von dringenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind auch der Zutritt zu Geschäfts- und Betriebsräumen außerhalb der Geschäfts- und Betriebszeiten sowie der Zutritt zu Wohnräumen und die Vornahme von Ermittlungen in diesen Räumen zu gewähren. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für die Erhebung von Daten zu Zwecken des Bodeninformationssystems nach § 6.

(2) Soweit es zur Untersuchung nach § 9 Abs. 2 BBodSchG sowie zur Sanierung einer Altlast oder schädlichen Bodenveränderung sowie einer von einer Altlast oder schädlichen Bodenveränderung verursachten Gewässerverunreinigung erforderlich ist, haben die Grundstückseigentümer, die Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück sowie die Betroffenen nach § 12 BBodSchG auf Anordnung der zuständigen Bodenschutzbehörde zu dulden, dass der Untersuchungspflichtige, der Sanierungspflichtige oder ein von diesen Beauftragter die in der Anordnung näher zu bezeichnenden Handlungen vornimmt, insbesondere dass er nach vorheriger Ankündigung das Grundstück betritt, befährt, Proben entnimmt oder Bohrungen niederbringt. Zum Schadensausgleich sowie für Erstattungs- und Ersatzansprüche gelten entsprechend die §§ 68 bis 74 des Polizeiaufgabengesetzes vom 4. Juni 1992 (GVBl. S. 199) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 4

Ergänzende Bestimmungen bei schädlichen Bodenveränderungen

Bei schädlichen Bodenveränderungen, von denen aufgrund von Art, Ausbreitung oder Menge der Schadstoffe in besonderem Maße Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den Einzelnen oder die Allgemeinheit ausgehen, kann

die zuständige Bodenschutzbehörde Sanierungsuntersuchungen, die Erstellung von Sanierungsplänen und die Durchführung von Eigenkontrollmaßnahmen verlangen. Die §§ 13, 14, 15 Abs. 2 und 3 sowie § 24 BBodSchG gelten entsprechend.

§ 5

Sachverständige und Untersuchungsstellen

(1) Sachverständige und Untersuchungsstellen, die Aufgaben nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz oder nach diesem Gesetz wahrnehmen sollen, müssen die für diese Aufgaben erforderliche Sachkunde und Zuverlässigkeit besitzen sowie über die erforderliche gerätetechnische Ausstattung verfügen.

(2) Das für das Bodenschutzrecht zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung

1. die Anforderungen an die Sachkunde, die Zuverlässigkeit und die gerätetechnische Ausstattung,
2. das Verfahren zum Nachweis der Anforderungen und über die Anerkennung,
3. Art und Umfang der wahrzunehmenden Aufgaben,
4. die Vorlage der Ergebnisse,
5. die Geltung von Zulassungen oder Anerkennungen anderer Länder sowie
6. die Bekanntgabe

der Sachverständigen und Untersuchungsstellen regeln, die Aufgaben nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz oder diesem Gesetz wahrnehmen.

(3) Sachverständige und Untersuchungsstellen werden auf Antrag anerkannt, wenn sie die in der Rechtsverordnung nach Absatz 2 geregelten Anforderungen erfüllen. Die Anerkennung kann befristet oder auf bestimmte Aufgabenbereiche beschränkt werden.

§ 6

Bodeninformationssystem

(1) Die Landesanstalt für Umwelt und Geologie führt ein Bodeninformationssystem. Das Bodeninformationssystem umfasst die von staatlichen oder sonstigen öffentlichen Stellen erhobenen Daten über die physikalische, chemische und biologische Beschaffenheit von Böden, insbesondere der Bodendauerbeobachtungsflächen, die Ergebnisse der Auswertung dieser Daten sowie sonstige geowissenschaftliche oder bodenkundliche Daten und Erkenntnisse und die Bodenprobenbank. In diesem Zusammenhang können auch Angaben über die Bezeichnung, Größe, Nutzung und Lage von Flächen verarbeitet und genutzt werden. Soweit über das Liegenschaftskataster und das Grundbuch der konkrete Grundstückseigentümer bestimmbar ist, erfolgt die Verarbeitung oder Nutzung der Daten personenbezogen.

(2) Die Bodenschutzbehörden, andere Behörden oder die sonstigen öffentlichen Stellen übermitteln der Landesanstalt für Umwelt und Geologie zur Wahrnehmung der in Absatz 1 genannten Aufgaben auf Anforderung die im Rahmen ihrer Tätigkeit gewonnenen Daten und Erkenntnisse, auch soweit sie zu anderen Zwecken als denen der Aufgabenerfüllung nach diesem Gesetz erhoben wurden.

(3) Die Daten des Bodeninformationssystems stehen jedermann nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes in der Fassung vom 23. August 2001 (BGBl. I S. 2218) in der jeweils

geltenden Fassung zur Verfügung. Sie können an Behörden, die Aufgaben nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz oder diesem Gesetz wahrnehmen, regelmäßig, insbesondere auch durch Einrichtung eines automatisierten Verfahrens, übermittelt werden. Die Träger der Bauleitplanung haben Anspruch auf Übermittlung der im Bodeninformationssystem gespeicherten Daten. Für die Übermittlung der Daten nach den Sätzen 2 und 3 werden keine Verwaltungsgebühren erhoben.

§ 7

Altlasteninformationssystem

(1) Die Landesanstalt für Umwelt und Geologie führt ein Altlasteninformationssystem über Altlasten und altlastenverdächtige Flächen, die dem Anwendungsbereich des Bundes-Bodenschutzgesetzes unterliegen. Es dient der Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz sowie der öffentlichen Planungsträger bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer Planungen. Soweit es zur Einrichtung des Altlasteninformationssystems erforderlich ist, können auch die notwendigen personenbezogenen Daten verarbeitet und genutzt werden.

(2) In dem Altlasteninformationssystem sind die Daten und Erkenntnisse über die Altlast oder die altlastenverdächtige Fläche, insbesondere

1. die örtliche Lage,
 2. die Ergebnisse der historischen Erkundung,
 3. die gegenwärtige Nutzung,
 4. Art, Menge und Beschaffenheit der Abfälle, die abgelagert wurden,
 5. Art und Menge der umweltgefährdenden Stoffe, mit denen umgegangen wurde,
 6. die Ergebnisse von Untersuchungen, Gutachten sowie
 7. die Ergebnisse der Sanierung
- zu erfassen. Das Altlasteninformationssystem ist laufend fortzuführen.

(3) Die aufgrund des § 17 Abs. 1 des Thüringer Abfallwirtschafts- und Altlastengesetzes in der Fassung vom 15. Juni 1999 (GVBl. S. 385) in der bis zum Inkraft-Treten dieses Gesetzes geltenden Fassung eingerichtete Verdachtsflächendatei wird mit dem Inkraft-Treten dieses Gesetzes Bestandteil des Altlasteninformationssystems.

(4) Die zuständigen Bodenschutzbehörden erheben und übermitteln der Landesanstalt für Umwelt und Geologie die zur Führung des Altlasteninformationssystems erforderlichen Daten.

§ 8

Anordnungsbefugnis

Die zuständige Bodenschutzbehörde kann Anordnungen treffen, soweit dies zur Erfüllung der sich aus diesem Gesetz oder den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ergebenden Pflichten erforderlich ist.

§ 9

Behörden

(1) Oberste Bodenschutzbehörde ist das für das Bodenschutzrecht zuständige Ministerium.

(2) Obere Bodenschutzbehörden sind das Landesverwaltungsamt und das Landesbergamt.

(3) Untere Bodenschutzbehörden sind die Staatlichen Umweltämter sowie die Landkreise und kreisfreien Städte im übertragenen Wirkungskreis.

§ 10

Technische Fachbehörden

(1) Die Staatlichen Umweltämter sind technische Fachbehörden für alle fachlichen Angelegenheiten des Bodenschutzes. Sie unterstützen die Bodenschutzbehörden und andere Behörden auf Anforderung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere durch Untersuchungen, Bewertungen und Beratungen.

(2) Die Landesanstalt für Umwelt und Geologie ist technische Fachbehörde für die Ermittlung von wissenschaftlichen Grundlagen des Bodenschutzes, der Entwicklung der Böden sowie der fachlichen Grundlagen für die Erforschung und Abwehr von schädlichen Bodenveränderungen oder Altlasten.

(3) Das für das Bodenschutzrecht zuständige Ministerium kann durch Verwaltungsvorschrift bestimmen, in welchen Angelegenheiten die technischen Fachbehörden zu beteiligen sind.

§ 11

Zuständigkeiten

(1) Die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz und diesem Gesetz sowie der aufgrund des Bundes-Bodenschutzgesetzes und dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen obliegt den Staatlichen Umweltämtern, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Landkreise und die kreisfreien Städte im übertragenen Wirkungskreis sind zuständig für

1. Anordnungen nach § 10 Abs. 1 BBodSchG,
2. Anordnungen nach § 10 Abs. 1 BBodSchG zur Erfüllung von Vorsorgepflichten nach § 7 BBodSchG,
3. die Festsetzung eines Ausgleichsanspruchs nach § 10 Abs. 2 BBodSchG,
4. die Festsetzung des Wertausgleichs nach § 25 Abs. 1 BBodSchG,
5. Anordnungen nach § 3 Abs. 2 Satz 1,
6. Anordnungen und Maßnahmen nach § 4 und
7. Anordnungen nach § 8.

Satz 1 gilt nicht für Altlasten nach § 2 Abs. 5 BBodSchG und für durch Altlasten verursachte Gewässerverunreinigungen.

(3) Das Landesbergamt ist zuständig für die Erfüllung der Aufgaben nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz und diesem Gesetz bei Objekten des untertägigen Altbergbaus und bei unterirdischen Hohlräumen im Sinne des Thüringer Altbergbau- und Unterirdische-Hohlräume-Gesetz vom 23. Mai 2001 (GVBl. S. 41) in der jeweils geltenden Fassung.

(4) Ist auch eine Behörde eines anderen Landes zuständig, kann das für das Bodenschutzrecht zuständige Ministerium mit der zuständigen Behörde des anderen Landes eine gemeinsame zuständige Behörde vereinbaren.

(5) Die Landesanstalt für Landwirtschaft nimmt die landwirtschaftliche Beratung nach § 17 Abs. 1 Satz 2 BBodSchG wahr.

(6) Kommt eine Bodenschutzbehörde einer schriftlichen Weisung der Fachaufsichtsbehörde nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach, so kann die Fachaufsichtsbehörde anstelle der angewiesenen Behörde handeln.

(7) Das für das Bodenschutzrecht zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung Zuständigkeiten nach den Absätzen 1 und 2 anderen Behörden übertragen. Werden durch die Übertragung von Zuständigkeiten Kommunen betroffen, ergeht die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem für kommunale Angelegenheiten zuständigen Ministerium.

§ 12

Ausgleichsleistungen

(1) Die Gewährung und Festsetzung des Ausgleichs nach § 10 Abs. 2 BBodSchG erfolgt auf Antrag durch die zuständige Bodenschutzbehörde. Sie kann die zur Festsetzung des Ausgleichs erforderlichen Auskünfte und Einsicht in die Betriebsunterlagen verlangen.

(2) Der Ausgleich ist durch einen für das Kalenderjahr fällig werdenden Betrag in Geld zu leisten. Ein Ausgleichsanspruch besteht nicht, soweit die wirtschaftlichen Nachteile durch andere Leistungen aus öffentlichen Haushalten ausgeglichen werden. Der Anspruch verjährt in drei Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt jeweils mit dem Ende des Kalenderjahrs, für das der Anspruch hätte geltend gemacht werden können.

(3) Für Streitigkeiten steht der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

§ 13

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 2 Abs. 3 Satz 1 Auskünfte nicht, nicht richtig, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erteilt oder Unterlagen nicht vorlegt,
2. entgegen § 3 Abs. 1 die dort genannten Handlungen nicht duldet,
3. einer vollziehbaren Anordnung nach § 3 Abs. 2 zuwiderhandelt,
4. einer vollziehbaren Anordnung nach § 4 in Verbindung mit § 13 Abs. 1 oder § 15 Abs. 2 Satz 1, 3 oder 4 des BBodSchG zuwiderhandelt,
5. einer Rechtsverordnung nach § 5 Abs. 2 oder einer vollziehbaren Anordnung aufgrund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldbestimmung verweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

(3) Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602) in der jeweils geltenden Fassung für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist die nach § 11 jeweils zuständige Behörde.

§ 14

Einschränkung von Grundrechten

Durch § 3 wird das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 8 der Verfassung des Freistaats Thüringen) eingeschränkt.

Artikel 2

Änderung des Thüringer Abfallwirtschafts- und Altlastengesetzes

Das Thüringer Abfallwirtschafts- und Altlastengesetz in der Fassung vom 15. Juni 1999 (GVBl. S. 385), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Dezember 2002 (GVBl. S. 430), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

**"Thüringer Gesetz
über die Vermeidung, Verminderung, Verwertung und
Beseitigung von Abfällen
(Thüringer Abfallwirtschaftsgesetz - ThürAbfG -)"**

2. Der Zweite Teil mit den §§ 16 bis 22 wird aufgehoben.

3. Der bisherige Dritte Teil wird Zweiter Teil.

4. § 23 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

"Abfallbehörden"

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Oberste Abfallbehörde ist das für die Abfallwirtschaft zuständige Ministerium."

c) In Absatz 2 wird die Bezeichnung "Obere Abfall- und Bodenschutzbehörde" durch die Bezeichnung "Obere Abfallbehörde" ersetzt.

d) In Absatz 3 wird die Bezeichnung "Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde" durch die Bezeichnung "Untere Abfallbehörde" ersetzt.

5. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Bezeichnung "obere Abfall- und Bodenschutzbehörde" wird durch die Bezeichnung "obere Abfallbehörde" ersetzt.

bb) In Nummer 1 werden die Worte "und des Bodenschutzes" gestrichen.

cc) Nummer 3 wird aufgehoben.

dd) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3.

- ee) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 4 und die Verweisung "Nummern 1, 2 und 4" wird durch die Verweisung "Nummern 1 bis 3" ersetzt.
- ff) Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 5.
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Bezeichnung "untere Abfall- und Bodenschutzbehörde" wird durch die Bezeichnung "untere Abfallbehörde" ersetzt.
- bb) Die Nummern 5 bis 16 werden aufgehoben.
- cc) Die bisherigen Nummern 17 bis 20 werden die Nummern 5 bis 8.
- dd) Nummer 21 wird aufgehoben.
- ee) Die bisherigen Nummern 22 und 23 werden die Nummern 9 und 10.
- e) Absatz 4 Satz 2 wird aufgehoben.
- d) Absatz 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:
- "Das Landesbergamt ist abweichend von Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 bis 4 sowie den Absätzen 3 und 4 im Fall der Entsorgung von Abfällen unter Tage in diesem Bereich zuständig."
- e) In Absatz 6 Satz 1 wird die Verweisung "Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 bis 5" durch die Verweisung "Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 bis 4" ersetzt.
- f) Absatz 11 wird aufgehoben.
6. § 25 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 4 wird aufgehoben.
- b) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 4.
7. § 26 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Worte "und der Altlastensanierung" gestrichen.
- b) In Absatz 2 werden die Worte "sowie im Rahmen von Altlastensanierungsfällen" gestrichen.
8. Der bisherige Vierte Teil wird Dritter Teil.
9. § 29 Abs. 1 Nr. 9 wird aufgehoben.
10. In § 30 Abs. 1 Satz 1 werden das Komma nach dem Wort "Abfallwirtschaftsplanung" sowie die Worte "der Vorbereitung, Durchführung und Überwachung der Altlastensanierung" gestrichen.
11. Der bisherige Fünfte Teil wird Vierter Teil.
12. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

Artikel 3 In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Erfurt, den 16. Dezember 2003
Die Präsidentin des Landtags
Lieberknecht

Thüringer Gesetz über die Gewährung von Sonderzahlungen (Thüringer Sonderzahlungsgesetz - ThürSZG -) Vom 16. Dezember 2003

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich, Anspruchsvoraussetzungen

Sonderzahlungen nach diesem Gesetz erhalten

1. Beamte des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts; ausgenommen sind die Ehrenbeamten,
2. Richter des Landes; ausgenommen sind die ehrenamtlichen Richter, und

3. Versorgungsempfänger, denen laufende Versorgungsbezüge zustehen, die das Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder eine sonstige der Aufsicht des Landes unterstehende Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zu tragen hat.

§ 2

Zusammensetzung der Sonderzahlungen, Zahlungsweise

Die Sonderzahlungen bestehen aus einem Grundbetrag für jeden Berechtigten und einem Sonderbetrag für Kinder. Sie werden mit den laufenden Bezügen monatlich im Voraus gezahlt.